

Riesaer Tageblatt

Drahtanschluß
Tageblatt Riesa.
Fernsch. Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Ebbelatt und Anzeiger).

Postgeschäftszentrum:
Dresden 1580.
Girokasse:
Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Kreishauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestimzte Blatt.

Nr. 71.

Donnerstag, 24. März 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preissteigerung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erstellen an bestimmten Tagen und wöchentlicher Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Auslieferungsort: Riesa. Schädige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes des Druckerei, der Lieferanten oder der Förderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Deutsche Auferstehung 1932?

Von Hans Jürgen Dreher.

Als an jenem denkwürdigen Ostermorgen des Jahres 30 unserer Zeitrechnung der Heiland auferstand, war er zuvor niedergefahren zur Hölle. Der Zustand, aus dem das deutsche Volk im Jahre 1932 sich wieder erheben soll, ist von dem der Hölle nicht allzu weit entfernt. Sollte es ihm wirklich befreien sein, noch in den allerfeindlichsten Abgrund hinabtauchen zu müssen, der den Namen führt: Bürgerkrieg?

Wenn wir eine Betrachtung zum Osterlager mit dieser düsteren Frage beginnen, so nur, um ihr aus sicherer Überzeugung die Antwort entgegenzusehen: Nein, nein und dreimal nein! Wir haben guten Grund zu der Befürchtung, dass diese grausame Station des Nationalsozialismus durch den gefundenen Sinn des deutschen Volkes uns erwartet wird. Wir werden diesen Teil des Nationalsozialismus, von dem unser Reichspräsident in seiner bekannten Botschaft sprach und von dem er uns zurückhalten wollte, nicht zu befürchten brauchen. Dass diese Überzeugung sich auf gute Gründe stützt, wollen wir hier darlegen.

An zwei Ebenen frontiert Deutschland gegenwärtig: an seiner politischen Bedrückung und an seiner inneren Verzerrtheit. Die politische Bedrückung hat, gleichsam auf den Befehl einer höheren Gerechtigkeit, gegenwärtig eine Gestalt angenommen, in der sie sich unterschiedlos gegen alle, auch gegen ihre eigenen Urheber lebt: die Gestalt der Wirtschaftskrise. Das Diktat von Versailles ist heute schon in manchen Teilen tot, aber diese Teile leben verändert weiter in der Form des wirtschaftlichen Unheils, das sie über die ganze Welt gebracht haben. Freilich haben noch andere, außerhalb der Politik liegende Ereignisse mindestens ebensoviel Unheil angerichtet. Aber auch hier scheint gleichsam ein höherer Wille dafür gesorgt zu haben, dass alle davon getroffen wurden: selbst das lange Zeit so glückliche Frankreich kann sich den ternären treffenden Pfeilen des Weltkriegs nicht entziehen. Vor der wirtschaftlichen Weltkatastrophe sind Sieger und Besiegte von Versailles gleich.

Daraus erwächst langsam, aber immer stärker die Einsicht, dass es auch bei der Rettung keine Ungleichheit geben darf. Die Unterlette, an der die zivilisierte Welt hängt, kann nicht halten, wenn auch nur ein Glied zerbricht. Dass diese Einsicht immer weiter sich ausdehne, darin dürfen wir hoffentlich künftig einmal den Sinn der großen Befreiung erblicken, die jetzt über die Welt gekommen ist. Wir wollen dabei auch nicht in Selbstgerechtigkeit verfallen wie jener Pharao. Auch Deutschland hat in seinem Innern so manchen Fehler begangen, den es jetzt mitbüßen muss. Aber noch hat es, dessen sind wir gewiss, nicht die Kraft verloren, aus seinen Fehlern zu lernen.

Seit langem zum ersten Male wieder geht durch die Welt ein leises Wehen der Hoffnung. Es kommt nicht aus der politischen Ecke, leider nicht. Die Politik hat sich aus dem Irrgarten der internationalen Ungeordnetigkeit und Unvernunft noch nicht herausgefunden: der Verlauf der Abstimmungskonferenz, die Ereignisse in China deuten eher darauf hin, dass sie zur Zeit noch tiefer hineingerät. Aber in der Wirtschaft der Welt zeigen sich erste Symptome einer Belebung. Die Binsenfälle in allen Ländern sinken, verschwinden schnell und verchieden tief, aber sie sinken jedenfalls. Die Preise der Rohstoffe beginnen langsam zu steigen. Beide Ereignisse pflegten früher Vorboten eines Konjunkturmichwunges zu sein. Das bedeutet teineswegs, dass es bereits morgen in der Weltwirtschaft wieder stürmisch aufwärtsgehen muss. Noch liegen allzu viele Hindernisse und Gefahren im Wege. Wir meinen nicht einmal politische Hindernisse. Kein wirtschaftlich gelesener gibt es immer noch in der Weltwirtschaft, freie Stellen, die die allgemeine Heilung aufzuhalten oder gar zu verhindern können. Die Krise des Kreuzer-Konzerns ist ein solcher die ganze Welt ergreifender Fall; die Sanierung der deutschen Schiffahrt durch staatliche Geldeinfluss zeigt, was für nicht austierende Uebel es noch in Deutschland gibt.

Trotzdem darf man zum ersten Male ohne Schönfärberei von der Möglichkeit sprechen, dass wir wenigstens die tiefste Stelle des Abstiegs überwunden haben. Wir sagen: Möglichkeit. Wenn nicht guter Wille auf allen Seiten das Seine tut, könnte auch aus dieser Möglichkeit wieder eine verlorene Hoffnung werden. Es stehen uns noch so schwere Dinge bevor, wie die wahrscheinlich im Juni stattfindende Reparationskonferenz. Könnten die Staatsmänner sich dort öffentlich auf das einigen, wovon jeder längst im geheimen überzeugt ist, dann würde diese Konferenz freilich sehr schnell zu Ende gehen. Vielleicht wird das nach den preußischen und französischen Wahlen etwas leichter sein, als es heute scheint.

Indes wird Deutschland weder die Gunst der ansteigenden wirtschaftlichen Flutwellen zuhören, noch über die politischen Klippen hinwegsteuern können, wenn die Bevölkerung sich weiterhin im Streit um den richtigen Kurs die Schädel einzuschlagen sucht. Wer beispielweise in den letzten Wochen die Börse, die Barometer der Wirtschaft beobachtete, sah ganz deutlich, dass sie mit ihren Dispositionen zum guten Teil auf den Ausgang der politischen Entscheidungen in Deutschland warteten.

Aber nicht am Börsenplatz der Börse, so wichtig es ist, wollen wir unser Schicksal ablegen. Wir hoffen, dass aus den großen politischen Entscheidungen dieser Wochen ein Schatz in unserer Hand zurückbleibt, der noch kostbarer ist als materielle Wohlfaht: der innere Friede.

Die Lage in Braunschweig.

Minister Klagges zum Schritt des Reichsinnenministers.

* Braunschweig. Zu dem Schritt des Reichsinnenministers bei der braunschweigischen Regierung wegen der Öffertagung der Hitler-Jugend erklärte Innenminister Klagges dem Vertreter der Telegraphen-Union, er habe daraufhin das Reichsinnenministerium um eine präzise Auslegung der Frage, was als geschlossene und was als öffentliche Versammlung anzusehen sei, gebeten. Die Antwort des Reichsinnenministeriums sei dahin gegangen, dass eine präzise Auslegung dieser Frage bei der Versammlungsartigkeit der Versammlungen nicht gut möglich sei. Das Reichsinnenministerium lehne jedoch die für Östermontag vorgesehene Versammlung als öffentlich an. Wenn das Reichsinnenministerium an dieser Ansicht festhalte, so erkläre Klagges, so werde er die Versammlung nicht auslassen. Er selbst sieht aber auf dem Standpunkt, dass die Versammlung nicht öffentlich sei. Er könne jedoch praktisch gegen die Ansicht des Reichsinnenministeriums nichts tun. Es besteht noch die Möglichkeit, die Versammlung in abgeänderter

und einschränkender Form als geschlossene Versammlung zu veranstalten.

Berlin. (Rundfunk.) Über die Lage in Braunschweig bestellt im Reichsinnenministerium der Eindruck, dass Minister Klagges nicht die Absicht hat, irgendetwas zu dulden, was gegen die Notverordnung verstieße. Es sind jedoch noch Einzelbesprechungen im Gange, über die vorläufig keine Mitteilung gemacht werden können. Durch Polizeifunk ist gestern eine genaue Darstellung der Ansicht des Reichsinnenministeriums gegeben worden, die sich im wesentlichen im Rahmen dessen hält, was gestern von der Auflösung des Reichsinnenministeriums über die Hitlerjugend-Tagung in Braunschweig mitgeteilt worden ist.

Es bleibt danach die Auffassung bestehen, dass die Versammlung, wie sie in Braunschweig geplant war, keine geschlossene, sondern eine öffentliche ist und deshalb unter das Verbot des Reichsinnenministeriums fällt.

Der braunschweigische Minister Klagges hat inzwischen dem Reichsinnenministerium mitgeteilt, dass er die Ansicht, wie sie geplant war, nicht für möglich und durchführbar hält und dass er sich den Vorschlägen des Reichsinnenministeriums fügen wolle.

Nationalsozialistische Klage vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig. (Rundfunk.) Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich verhandelt heute Donnerstag in der verfassungsrechtlichen Streitsache des Führers der NSDAP, Adolf Hitler, in seiner Eigenschaft als Reichspräsidenten-Kandidat, der Partei selbst, serner der nationalsozialistischen Reichstagabgeordneten Cube als Wahlleiter für die preußischen Landtagswahlen gegen den Freistaat Preußen, vertreten durch das Staatsministerium, und den preußischen Innenminister Dr. Seuring wegen Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Anordnungen auf Befehle von Durchsuchungen und Beschlagnahmen.

Die Klageparteien wurden durch Rechtsanwalt Dr. Frank II München und Dr. Nolands-Freisler, Kassel, vertreten. Für die preußische Regierung waren Ministerialdirektor Dr. Bödt und die Ministerialräte Schöner und Janisch erschienen.

Wie der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, zu Beginn der Verhandlung betonte, erstrecke sich diese zunächst lediglich auf den

inzwischen soweit vorgeschritten sei, dass mit der Freigabe gerechnet werden könnte. Seiner Ansicht nach könne heute der Hauptpunkt nicht gellässt werden. Die einstweilige Verfügung bezweckt auch, das für Durchführung der Wahl erforderliche Material freizubekommen. Wenn in dieser Hinsicht positive Zusagen von der preußischen Regierung gemacht werden könnten, erübrige sich vielleicht der Antrag auf einstweilige Verfügung.

Ministerialdirektor Dr. Bödt erklärte hierzu, dass die Sichtung noch nicht beendet sei. Doch sei aber Annahme gegeben worden, alles Material, das nicht für das Ziel der Aktion in Frage komme, herauszugeben. Diese Beschränkung sei auch bereits in der Anweisung vom 15. März an die Landeskriminalstellen verfügt worden. Die Behinderung des Wahlkampfes sollte danach ausdrücklich ausgeschlossen werden. Die preußische Regierung müsse der Behauptung widersprechen, dass die Polizeiaktion nur eine Tarnung sein sollte, um die Partei im Wahlkampf zu hindern. Kartellen und dergleichen seien nur an zwei Stellen beschlagnahmt worden.

Professor Lechner vom Landeskriminalpolizeiamt erklärte diese Ausführungen dahin, dass die Prüfung in drei bis vier Tagen beendet sein werde.

Demgegenüber erklärte der Vertreter der Nat.-Soz. Arbeiterpartei, Dr. Frank und Dr. Freiöller, dass nach ihren Informationen aus dem Gefangenengebiet des Freistaates Preußen wahllos alles Material beschlagnahmt worden sei. Wenn jedoch die preußische Regierung ihre Aussage auf sofortige Herausgabe des Materials erfülle, so könnte einer gütlichen Einigung über den Antrag auf einstweilige Verfügung nichts im Wege.

(Die Verhandlungen dauern bei Schluss der Redaktion noch an.) *

Neue nationalsozialistische Klage

München, 24. März

Rechtsanwalt Dr. Frank (2) hat als Vertreter der NSDAP und Hitlers wegen des von Reichsinnenminister auf Grund der Verordnung über den Osterrieffen an sämtliche deutsche Siedgesellschaften gerichteten Verboles politischer Ansprüchen im Rundfunk Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich erhoben, da damit Adolf Hitler als Kandidat für die Reichspräsidentschaft untersagt sei, im Rundfunk zu sprechen.

Hitler hat an Reichsinnenminister Groener ein Telegramm gesandt, in dem er sich darüber beschwert, dass in Preußen während der letzten Tage 25 nationalsozialistische Zeitungen auf fünf Tage verboten worden seien.

Dieser Friede, den wir uns in den Osterwochen leider nochmals von der Regierung zwangsweise verordnen lassen mussten — sollten wir ihn nicht endlich als Geschenk unseres freien Willens ins weitere Jahr mitnehmen?

Amerikanische Finanzkreise zur Frage der deutschen Privatschulden.

New York. (Rundfunk.) Diese Bankkreise erklären, dass die deutschen Leistungen unter dem neuen Stabilisationsabkommen befriedigend seien. Deutschland habe nicht nur alle Bindungsleistungen pünktlich geleistet, sondern auch kleinere Beiträge amortisiert, was von den Vertretern der amerikanischen Stabilisatorgruppe mit Beifriedigung festgestellt wurde. Der vereinigte Zahlungsmechanismus des neuen Stabilisationsabkommen gebe der deutschen Finanz- und Industrie mehr Zeit, die schwere Aufgabe der Restauration der

eingetroffenen Anleihen durchzuführen. Diese Aufgabe werde allerdings durch die Schwierigkeiten am Devisenmarkt besonders kompliziert. Man ist der Ansicht, Deutschland könne seine ausländischen Privatschulden verhältnismäßig leicht liquidieren, wenn die ausländischen Gläubiger Zahlungen in Reichsmark akzeptieren.

„Graf Zeppelin“ gelandet.

Pernambuco. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist hier gestern 5,50 Uhr nachmittag (Ortszeit) glatt gelandet.

Das Luftschiff wurde bei seiner Ankunft über Pernambuco von Tausenden von Zuschauern begeistert begrüßt. Das Luftschiff flog über der Stadt eine Schleife und bereite dann die Landung vor. Um 6 Uhr nachmittag Ortszeit (etwa 20.50 Uhr MEZ) war es sicher verankert. Die Reise ist programmäßig und ohne Zwischenfälle verlaufen.